

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Norddeutsches Volksblatt. 1887-1918 24 (1910)

149 (29.6.1910)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-531709](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-531709)

Norddeutsches Volksblatt

Organ für die Interessen des werktätigen Volkes.

Das Norddeutsche Volksblatt erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und gesetzlichen Feiertagen. — Abonnementpreis bei Vorausbezahlung für einen Monat einschließlich Porto 75 Pfg., bei Selbstabholung 65 Pfg., durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 Mk., für zwei Monate 1,60 Mk., monatlich 75 Pfg. einschließlich Postgebühren.

Mit Sonntagsbeilage.

Inserate werden die fünfjährige Kasparysche oder deren Raum für die Inserenten in Rühringen-Wilhelmsbad und Umgebung, sowie der Filialen mit 15 Pfg. für sonstige auswärtige Inserenten mit 20 Pfg. berechnet; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Inserate für die laufende Nummer müssen bis 11 Uhr in der Expedition aufgegeben sein.

Redaktion und Haupt-Expedition in Bant, Verierstraße 20/22. — Fernsprecher-Nr. 58, Amt Wilhelmshaven. Filiale in Heppens: Almenstraße 21. Fernsprecher 530.

24. Jahrgang.

Bant, Mittwoch den 29. Juni 1910.

Nr. 149.

Die rote Flut.

Die Deutsche Arbeitgeber-Zeitung bringt in Nr. 25 wieder einmal einen Stoßfuzer über die Fortschritte der sozialdemokratischen Bewegung. Das Blatt stützt sich dabei auf den Bericht des Arbeitgeber-Verbandes Hamburg-Altona vom Jahre 1909, aus dem folgendes zitiert wird:

„Ganz unzweifelhaft hat die Geschlossenheit der sozialdemokratischen Bewegung unter der Tarnschleier, daß die wirtschaftspolitischen Aktionen des Marxismus selbst bei der blindgläubigen Befolgung der Herren Bebel und Singer mehr und mehr an Auswurf verlieren, nicht die geringste Einbuße erlitten. Im Gegenteil ist der Zulauf zum sozialdemokratischen Heerband in dauerndem Steigen begriffen. Hierüber gibt die nachstehende, auch an anderer Stelle vom Berichterstatter veröffentlichte Uebersicht in einwandfreier Weise Rechenschaft: Allein die politischen und gewerkschaftlichen Zentralstellen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung verfügen über eine Jahressumme von mehr als 50 Millionen Mark; die Jahreseinnahmen der Sozialorganisationsstellen sind auf mehrere Millionen zu schätzen. In 56 eigenen Druckereien läßt die Sozialdemokratie außer Millionen von Flugzetteln etwa 200 politische und gewerkschaftliche Blätter erscheinen. 260 Werbebüros wirken in Gestalt von Arbeitersekretariaten und Auskunftsstellen. Über 46 Arbeiter-Abgeordneten im Reichstag und 178 Abgeordneten in den Einzelmandatgruppen zählt die Sozialdemokratie über 8000 Parteilangehörige in den Vertretungen der Stadt- und Landgemeinden. In den Wanderbüros eines einzigen Jahres wurden 8969 Männer und 668 Frauen zur Agitation ausgebildet. Über 30000 besohlene Mitarbeiter stehen der Sozialdemokratie in Gestalt von Angehörigen der Kranken- und Hilfskassen, der Konsumvereine, der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen tiefer hinab zu den Vertrauensleuten in den Werkstätten zur Verfügung. Hierzu kommt, daß die Sozialdemokratie neuerdings die größten Anstrengungen macht, um auch die Landarbeiter und vor allem den gewerblichen Nachwuchs für sich zu gewinnen. Die im Oktober 1908 vom Parteivorstand und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands geschaffene Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands hat an etwa 300 Orten Jugendauschüsse gebildet, zahlreiche Jugendheime und -Wohlfahrten errichtet und Handerte von Jugendvereinen aller Art gegründet. Alle diese Einrichtungen dienen allein dem Zweck, die sozialdemokratischen Lehren mit dem Nimbus von Bildung und Wissenschaft zu umgeben und sie dem empfänglichen Gemüt der Jugend unaussprechlich einzuprägen.“

Gegen diesen Strom, der zur reichenden Flut zu werden droht, sollen nun die — — Vaterländischen Arbeitervereine helfen. Es wird auf die Ausführungen des preussischen Finanzministers Freyherrn v. Rheinbaben Bezug genommen, der bekanntlich im preussischen Abgeordnetenhaus kürzlich das nicht mehr ganz neue Argument (womit damals preussische Minister niemals etwas neues gesagt) vorbrachte, daß die Sozialdemokratie nicht im mindesten berechtigt sei, sich als Vertreter der Lohnarbeiterschaft aufzuspielen, da sie trotz allem kaum ein Drittel der gesamten deutschen Arbeiter hinter sich wisse. Sodann wird auf das Programm des „Aussschusses zur Förderung der Bestrebungen vaterländischer Arbeitervereine“ zu Berlin verwiesen und gesagt: „Hier ist den Arbeitgeberverbänden sonder Zweifel Gelegenheit gegeben, am großen Werte der Eindämmung der sozialdemokratischen Einflüsse erfolgreich mitzuwirken.“

Mit der Denkschrift der Streikabstufung allein, sei es nicht getan, die Arbeitgeber müßten sich dazu entschließen, „realpolitisch zu denken“ und von der „tatsächlich ganz unzulässigen Erwürdigung der Möglichkeit Abstand nehmen, das in dem einen oder anderen Falle doch einmal die vaterländische Arbeiterbewegung in Widerspruch zu unseren persönlichen Interessen geraten könnte.“

Das Programm des oben genannten Ausschusses geht kurz dahin: Keine Inanspruchnahme großer Vereinstitel, damit der Verlesung vorgebeugt werde, nach gewerkschaftlichem Vorbild „Vermögensüberträge“ zu löschlich unberechtigten Lohnkämpfen“ zu vermeiden. Marge Untersuchungen in besonderen Notfällen, im übrigen soll jeder selbst seinen Mann im Kampfe ums Dasein stellen. Also das Gegenteil vom Organisationsgedanken und der Solidarität der Klassen-genossen. Vor allem soll den Arbeitern gesagt werden, daß sie „nicht im geringsten auf die Sozialdemokratie angewiesen sind, wenn sie der Beteiligung an den Erwerbseigenschaften der Kultur, der Erholung vom einseitigen Tagewerk bedürfen.“

Wie verzweifelt muß die Stimmung in den Kreisen der Schürfmacher sein. Sie beginnen einzulernen, daß ihr trügerisches

Ansehen gegen die große Kulturbewegung zu keinem Ziele führt. Nun wollen sie es wieder einmal auch mit der „Aufklärung“ versuchen. Aber alle diese Versuche müssen in ihr Gegenteil umschlagen. Hat erst der „vaterländische“ Arbeiter vom Baume der Erkenntnis gegessen, dann lernt er gar bald die guten von den schlechten Früchten unterscheiden. Sollen nicht auch die christlichen Gewerkschaften einmal das „Vollwert“ gegen die Sozialdemokratie werden? Und begimmen nicht schon die Selben hier und da gegen den Stachel zu lösen?

Wie das System der brutalen Unterdrückung in letzter Linie das Wasser doch auf unsere Mühlen leitet, so wird auch die „Aufklärungsarbeit“ schließlich der Sozialdemokratie zu Gute kommen.

Politische Rundschau.

Bant, 28. Juni.

Ein schwarzblaues Bloßkompromiß über die Reichsversicherungsordnung?

Während im ganzen Land der Zorn über die Wirtschaft des konservativ-ultramontanen Bloßes hell aufleuchtet, fährt das Zentrum unentwegt fort, zum Schaden des Volkes seine schmutzigen Geschäfte mit den Junkern zu treiben. Nun soll auch die Reichsversicherungsordnung, an der die Millionen der arbeitenden Bevölkerung Deutschlands brennend interessiert sind, ausschließlich nach schwarzblauen Rezepten labortiert werden! Wie der Tag erzählt, haben in den letzten Tagen zwischen Mitgliedern der konservativen Partei und des Zentrums Verhandlungen stattgefunden, die voraussehen lassen, daß Zentrum und Rechte in der zweiten Lesung zu einer Einigung unter sich und mit der Regierung kommen werden, und daß das Ergebnis die Annahme der Regierungsvorlage im Großen und Ganzen nur mit einigen nicht erheblichen Änderungen sein dürfte. Insbesondere sollen in der zweiten Lesung die Bestimmungen über die gestrichelten Versicherungsämter, auf die die Regierung entschieden Wert legt, wieder angenommen werden, wogegen sich die Regierung zu einigen Zugeständnissen, insbesondere hinsichtlich der Regelung der Beiträge, verstehen würde.

Auf die geplante Häufung der Beiträge braucht die Regierung natürlich kein besonderes Gewicht mehr zu legen, seit es mit Hilfe des Zentrums gelungen ist, die Arbeiter unter Beibehaltung der Zweiviertel-Beitragsleistung um ihre Selbstverwaltungsrechte zu stellen. Wenn der Vorstehende die Mehrheit auch der Arbeitgeberstimmen auf sich vereinen muß, um für gewährt zu gelten, so ist damit gesagt, daß das eine Untermittel der Wastände im wichtigsten Punkt ebensoviel Recht haben soll wie die zwei Arbeiterdritte, eine Häufung des Wohlstands nach Unternehmern und Arbeitern ist dann gar nicht mehr notwendig, und die Unternehmer bekommen mehr Rechte als bisher, ohne einen Pfennig mehr leisten zu müssen.

Man kann sich denken, was aus der Reichsversicherungsordnung werden wird, wenn sie im Geiste dieses Kompromisses vom Zentrum, Junkern und Regierung fertiggestellt wird. Die Junker sind die geschworenen Feinde der Arbeiter, und mit ihnen verbindet sich das Zentrum, um ein Gesetz zustande zu bringen, das doch eine reine Arbeiterangelegenheit ist! Da werden selbstverständlich nicht nur alle Versicherungsleistungen des bestehenden Rechtszustandes, die in den bisher gefaßten Kommissionsbeschlüssen enthalten sind, aufrecht erhalten werden, sondern auch die wenigen Verbesserungen der Vorlage, die bisher durchgesetzt worden sind, werden rückwärtslos wieder hinausgeworfen werden. Das gilt insbesondere für den Beschluß der Kommission über die Bildung des Vorstandes der Landkrantentassen. Die Junker wollen ihren Arbeitern keine freie Bewegung gestatten, ihnen ist daher der Beschluß, daß der Vorstand der Landkrantentassen nicht ernannt, sondern gewählt werden soll, ein Dorn im Auge. Wenn sie mit dem Zentrum ein Kompromiß abgeschlossen haben, dann geschah das sicher nur auf der Grundlage, daß selbst jeder Anschlag zu einem Selbstverwaltungsrecht der verlesigten Landarbeiter wieder beseitigt werden soll.

Die Masse des arbeitenden Volkes ist aber nicht gewillt, die Reichsversicherungsordnung als ein Geschenk aus den Händen des schwarz-blauen Bloßes entgegenzunehmen. Das Zentrum geht anscheinend darauf aus, seinen letzten Einfluß auf die Industriearbeitererschaft zu minieren. Mag es weiter nach schwarz-blauen Methoden arbeiten — es würde dafür sein rotes Wunder erleben!

Verriecht oder nur offenerzig?

Noch ein Jahrzehnt Frieden wäre für Deutschland ein Unglück. Der Satz steht groß und breit am Schluß eines

Zeitartikels der Täglichen Rundschau, der unterzeichnet ist, Graf Richard v. Pfeil.

Der Herr Graf sagt den „Staatenlenkern und deren Beratern“ nicht gerade Freiheit, aber Faulheit nach, die sie hindert, an einem frisch-fröhlichen Krieg zu denken.

„Es ist selbstverständlich nicht die Gefahr, die man scheut; aber man hat sich, ohne es zu wissen, an das behagliche Friedensleben derart gewöhnt, daß man das Ungeübte des Kriegszustandes, diese völlige Umwälzung des zur anderen Natur gewordenen behaglichen Lebens, in Gedanken scheut und sich manches sogar noch weit klümmert vorstellt, als es tatsächlich ist. Dieses kaalische Caput im großen wirkt lähmend auf die allgemeine Entscheidungsfähigkeit.“ Und indem er dann speziell auf Deutschland zu sprechen kommt, erklärt er:

„Der fast vierzigjährige Frieden hat sich jedoch besonders schädlich erwiesen. Die Vaterlandsfreudigkeit, die Hingebung zum Herrscherhause, wie wir Alten sie aus der Jugend in so begeisterter Form kennen, die Liebe zum Waffendienst, die Hochachtung vor unserm einzig dastehenden Offizierkorps sind gewaltig gemindert, und dieser Umstand hat das etelchafte Geschwür der Sozialdemokratie ermöglicht. Draußen aber wächst ein neuer Feind heran, der Militarismus, der sich nicht allein darum zum gefährlichen Gegner entwickelt, weil wir ihn im eigenen Lande haben, sondern auch in Rußland, dem befreundeten Oesterreich und auf der Balkanhalbinsel.“

Was man vor einem Jahr bezogt von der Möglichkeit eines Krieges mit Rußland sprach, sah ich in ihm kein Unglück. Er würde uns von beiden Feinden befreit und nach glücklichem Erfolge, in bessere Beziehungen zu Rußland gebracht haben, als sie es jetzt sind. Noch ein Jahrzehnt Frieden wäre für Deutschland ein Unglück.“

Die Leipziger Volkszeitung bemerkt dazu: Wie man sieht, ergeht sich der Herr Graf nicht in abstrakten Spekulationen, sondern hat einen ganz konkreten Wunsch auf dem Herzen: Krieg gegen Rußland. Nicht, daß ihm ein Grund vorliegt, der Deutschland zwingen würde, einen solchen Krieg zu führen. Denn das, was er vom „Militarismus“ redet, ist ganz unendlich dumm. Kein: vierzig Jahre Frieden sind seiner Ansicht nach schädlich, und weitere zehn Jahre Frieden ein Unglück! Wenn dieser Komiker die Sozialdemokratie beschimpft, so kann er uns damit nicht beleidigen. Wir nehmen an, dieser glühende Haß ist wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß der Edelbarbarer hält: die Sozialdemokratie ist der Hort des Friedens, sie allein will aus Prinzip jeden Krieg vermeiden. In der Tat wächst und gedeiht die Partei im Frieden und ihr Wirken führt unermittbar zur sozialen Revolution. Eins aber verfehlt der Herr Graf: ein Krieg zwischen Großmächten Europas führt unvermeidlich und sicher dazu, die soziale Revolution unverzüglich zum Ausbruch zu bringen.

Gerade der Fall, den er herbeizieht, legt das ja so nahe: der verlorene Krieg gegen Japan stürzte Rußland in eine Revolution, ein verlorener Krieg gegen Deutschland bedeutete eine zweite Revolution, die sicher siegreich verlaufen würde. Eine siegreiche Revolution in Rußland bedeutet aber unter allen Umständen eine Revolution in ganz Europa. Aber würde wohl ein Krieg, gleichviel ob siegreich oder nicht, nicht zu einer Revolution in Deutschland führen? Vielleicht überlegt sich einmal der Herr Graf die Frage:

Es ist die Furcht nicht vor dem Kriege, sondern vor der Revolution, die die „Staatenlenker“ zum Frieden zwingt, und wir können damit zufrieden sein. Doch haben wir, die Partei des internationalen Proletariats, auch von einem Kriege nichts zu fürchten. Wir wollen ihn nicht, weil uns der Krieg mit seinen furchtbaren Opfern und seiner Barbarei Abscheu einflößt, aber wir werden aus einem Krieg die Konsequenzen ziehen: Die Opfer sollen nicht vergebens sein, sie sollen dazu dienen, die Feindschaft zu zerstören.

Wir fragen: Ist der Mann, der jene Sätze zu schreiben magt, und der Redakteur, der sie in Druck gibt, verrückt oder nur offenerzig? Wir glauben eher an das Letztere. Es gibt heute unter den Reaktionen in Deutschland wohl viele Tausende, die so denken wie dies Gräßlein, nur wagen sie es nicht auszusprechen. Sie fühlen, wie ihnen der Boden unter den Füßen wankt, und glauben, ein Krieg könnte sie retten. Um die Reaktion und Knechtschaft aufrechtzuerhalten, sind sie bereit, das Leben von Millionen aufs Spiel zu setzen.

Graf Pfeil verdient Dank, daß er das deutsche Volk wieder einmal daran erinnert.

Deutsches Reich.

Berlin, 28. Juni. Auch im Auswärtigen Amt wird ein Personenwechsel eintreten. Es wird gemeldet, daß der



Rücktritt des Freiherrn v. Schön als Staatssekretär des Auswärtigen Amtes...

"Finsteris über das ganze Land". Die Nordd. Allgem. Zeitung vom 27. Juni...

Gestern morgen war an Bord der Hohenzollern, wie aus Aiel gemeldet wird, Gottesdienst...

Der vom Kaiser angezogene Bildevers lautet: „Und es war um die letzte Stunde, und es ward eine Finsternis über das ganze Land bis an die neunte Stunde.“

Die Steuerfreiheit der Agrarier ist ja schon oft entsprechend behandelt worden. Eine Verhandlung vor dem Dresdener Landgericht...

Die Kotlage der arbeitslosen Tabakarbeiter. Bekanntlich sollen nur noch bis zum 3. Dezember d. J....

Gestrichler Zeitungsboykott straflos. 31 katholische Geistliche des bayerischen Seckeltes...

Verurteilte Wahlrechtsdemonstranten. Nicht Wohlrechtsdemonstranten hatten sich vor dem Schöffengericht Magdeburg-Budau...

Anarchistenprozess. Der Geheimbundsprozess gegen die logenartigen Anarchisten Erich Mühlam...

Der „sähe Phil“ ist nicht verhandlungsfähig. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung...

Ceslerreich-Ungarn. Eine Streikdemonstration der Arbeitgeber in Wien. Die österreichischen Schachmacher...

daran, die Unternehmer durch Schredgelpenfte in ihre Organisation zu treiben. Zu diesem Zwecke sind natürlich alle Mittel recht. Vor kurzem hatte der Reichsrat...

Frankreich. Zu blutigen Zusammenstößen kam es am Sonnabend in Paris aus Anlaß der Beerdigung des Kunststichlers Henry Cler, der an den Verwundungen gestorben...

Der Kampf mit Rom wird durchgeföhrt. Der Ministerpräsident Canalejas, hat folgende Erklärung...

„Ich bejhe nach wie vor das Vertrauen der Krone und werde wegen des religiösen Konflikts das Amt nicht niederlegen, so lange mich die parlamentarische Mehrheit unterstüzt. Ich werde Rom keine Veranlassung bieten, mit Spanien zu brechen, aber ich bin fest entschlossen, daß die staatliche Oberherrlichkeit unangestüzt bleibt.“

Die frommen Damen des Hofabells haben eine Deputation von 35 Damen zum Ministerpräsidenten...

An den Vatikan richtete die spanische Regierung die Antwort, daß die Toleranz keineswegs gegen das Konkordat verstoße. Ebenso werden die Bischöfe in ihre Schranken zurückgewiesen werden.

Demokratische und radikale Elemente schüden sich an der prosozialen Haltung der Reaktionären entgegenzutreten und die Regierung aufzufordern, auf dem betretenen Wege fortzuschreiten und die Sozialisierung durchzuführen.

In Bilbao veranstalteten die radikalen Republikaner in lärmender Weise revolutionäre Kundgebungen. Eine Person wurde getötet.

Griechenland. Die Lage in Griechenland ist, wie aus Athen gemeldet wird, sehr ernst. Es herrscht eine allgemeine Revolüt. Die Zwischenfälle auf der Straße und die daraus folgenden Duelle zwischen Offizieren...

Zürich. Die Serben gegen die türkischen Grausamkeiten. In Belgrad fand am Sonntagabend eine Konferenz statt, in welcher über die Veranlassung eines Protestmehungs wegen der türkischen Grausamkeiten gegen die serbische Bevölkerung in den Grenzbezirken verhandelt wurde.

Was dem serbischen Parlament. Die Deputiertenkammer hat das Budget des laufenden Jahres endgültig angenommen. Das Defizit beträgt 10 1/2 Millionen Fund.

Die Kretasfrage. Die Schutzmächte überreichten am Montag der türkischen Regierung eine gemeinsame Note, die besagt, daß, wenn die Mitglieder der Kammer den mohammedanischen Deputierten und den Beamten Schwierigkeiten bereitet, die Mächte einschreiten würden.

Das kretische Parlament wird heute eröffnet. Es wird sich dann zeigen, ob die Oppositionsparteien in die Zulassung der Mohammedaner willigen werden.

Kleine politische Nachrichten. Der österreichische Hauptmann Hofrichter ist zur Verhütung seiner Reststrafe in die Militärstrafanstalt Mollersdorf gebracht worden.

Gewerkschaftliches.

Die Altpnergejellen einschließlich Werkstattklemper und Hilfsarbeiter von Wilhelmshaven-Küstringen befinden sich im Streik. Zugang ist streng fernzuhalten.

Zur Situation im deutschen Baugewerbe. In Leipzig haben sich auch die Bauarbeiter dem Streik der Maurer und Zimmerer angeschlossen. Die Leipziger Volkzeitung mahnt nachdrücklich: „Wir vertrauen dem gefunden Sinn der Leipziger Bauarbeiterkassier, daß sie sich darüber klar ist, daß die Gründung von Vokalorganismen im Zeitalter der Mächigen, aber das ganze Reich, ja über beiden Grenzen hinaus reichenden Unternehmerorganisationen geradezu Selbstverleumdung wäre, die sich in kurzer Zeit bitter rächen würde.“

In Breslau schte das Gewerkschaftsamt in einer Verammlung nach lebhafter Diskussion den Beschluß durch, daß sofort der Generalstreik aufgehoben und auf allen Baustätten die Arbeit aufgenommen werde.

In der englischen Gosanfall in Frankfurt-Sachsenheim ist in dem größten der drei Werke ein Abwehrtreiß ausgebrochen. Veranlassung dazu gab die Abregelung von fünf Arbeitern.

Khanga, Steinfeger! In Sofia (Bulgarien) sind die Pfalterer in Unstand getreten. Es wird versacht, Arbeitsträfte aus Deutschland herüberzuholen und ist deshalb Zugang von deutschen Steinsehern fernzuhalten.

Lokales.

Wart, 28. Juni.

Indien. Ueber Indien, Land und Leute sprach am Sonnabend im Tiokol in einer Versammlung des sozialdemokratischen Wohlvvereins der indische Genosse Rishna, der als Delegierter der indischen Arbeiterpartei auf dem Wege zum internationalen Sozialistenkongreß in Kopenhagen sich befindet. In allerdings etwas schwerverständlichem Dialekt, aber mit südländischem Feuer schilderte der braune Genosse sein Heimatland als Paradies, das aber von der englischen Regierung und der englischen Kapitalistenllasse dem indischen Volke zur Hölle gemacht wird. Während das heidnische Indien alle möglichen Erzeugnisse der Kultur, wie Reis, Kaffee, Perlen usw. exportiert, hat das christliche

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
Bant, Wilhelmsh., Str. 70
Telephon 267
Wilhelmsh., Nooistr. 71a
Telephon 352
halten sich bei Bedarf in Schuh-
waren bestens empfohlen.

Die ersten neuen
Ender Heringe
sind loeben eingetroffen.
Der Hering ist delikats und kostet nur
7 Pf. pro Stück,
3 Stück 20 Pf.

Johs. Arndt
Bant, Peterstraße 14, und
Marienfel.



Der Fischverkauf am Hafen
Ende der Abnahlstraße, beginnt am
Mittwoch früh und dauert bis
Donnerstag nachmittag.
Schellfische . . . 15, 18, 20, 25 Pf.
Stratshollen 20, 22 Pf.
Gr. Rochshollen, Heilbutt 25, 30 Pf.
Kardonade 25 Pf.
Kotzungen 20, 25 Pf.
Kornbahn 15 Pf.

Georg Buddenberg
Buchhandlung :: Buchbinderei
Schreibmaterialien - Handlung,
Peterstr. 30 Bant Schillerstr. 15
Telephon Nr. 548
Lieferung sämtl. Zeitschriften
und Modejournale.
Beste u. billigste Bezugsquelle
f. Privat- u. Vereinsbibliotheken.
Anfertigung von Kaufschuf-
stempeln, Zeitungsamarten, Ver-
einsabzeichen aller Art, schnell.
Großes Lager in Ansicht- und
Künstlerpostkarten.
Reiche Auswahl in Broschüren
politischen und gewerkschaftlichen
Inhalts.
Einsparung von Bildern
und Brantkrügen unter
Garantie standbild.

Billig zu verkaufen
ein gebrauchtes Sofa.
Wilhelmsh., Lüttenstr. 21, II r.
Feine Wälder wird sauber geplättet
Berl. Lindenstr. 15, I. Et. l.

Wer sofort. Nebenverdienst, Exz-
tens od. Versandgeschäft (ich
verschaff. voll, schreibe a. d.
Hörsen, Handarbeiten-Industrie,
G. m. b. H., Wehlen-Nein. Abbarer,
hoher monatl. Erwerb garantiert.

„Neue“
Elsflether Vollheringe
Stück 10 Pf.
empfehlen

Alb. Wilkens
Bant, am Markt.

Nordenham.
Gutes Logis
Herbertstraße 40.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
führen **Schuhwaren** von den
einfachsten bis zu den elegant-
sten in nur modernen, gut passen-
den Formen. Speziell außer-
ordentlich gut gearbeitete **Schni-
tellet** für Anaben und Mädchen.

::: Voranzeige! :::

Freitag früh 8 Uhr
beginnt unser diesjähriger

**Saison-Räumungs-
Ausverkauf.**

Derselbe bietet eine besonders günstige Kaufgelegenheit
in allen Abteilungen und sind insbesondere
eine Menge zurückgesetzter Mode-Artikel
zu und unter Einkaufspreisen
ausgelegt. Man beachte unser Angebot am Donnerstag.

J. Margoniner & Co.

Von der Reise zurück.
Dr. Brunemann
Rechtsanwalt und Notar.

Burg Hohenzollern

Hamburger Gastspiele
(Künstlerischer Leiter: Carl Sartory)
vom
Deutschen Schauspielhaus Hamburg.

Mittwoch, 29.: Kabale u. Liebe.
Donnerstag, 30.: Frauenkampf.
Freitag den 1. Juli: Strom
(Abschiedsvorstellung).
Dutzendkarten bei Gebr. Ladewig.

Bon.
Inhaber dieses zahlt wochen-
tags für die
Hamburger Gastspiele
an der Abendkasse
die Hälfte des Kassenpreises.

Ein großer Ladenschrank,
ein kleiner Treifen, ein zweirädriger
Handwagen, ein Fahrrad mit
Torpedo-Ridertreibbremse, sowie ein
großer Drehschleiftisch sofort zu
verkaufen.
Fv. Folkers,
Wilhelmshavener Straße 42.

Für alte Metalle
als Zinn, Zink, Kupfer, Messing,
Eisen, Staniol und altes Eisen
zahle stets hohe Preise. Bestellungen
werden sofort erledigt.
Baumann, Heppens, Einigungsstr. 39.

Unentgeltliche Stellenvermittlung
für weibliche Dienstboten
befindet sich bei Frau **Wehse,**
Bant, Grenzstraße 29.

Einem geehrten Publikum von Wilhelmshaven und
Rüstringen zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich mit dem
15. Juni 1910 meine

Filiale Neppens, Gökerstrasse 51
aufgegeben habe

und danke ich hiermit noch verbindlich für das mir er-
wiesene Wohlwollen. — Ich bitte hiermit höflich, die mir
freundlich zugehenden Aufträge nach meinem Hauptgeschäft
Bant, Peterstraße 33, überweisen zu wollen.

Wilhelm Bremer
Möbel-Fabrik.

Frauen!

Bei Beschwerden, Störungen und Stockungen der Blutzirkulation
gebrauchen Sie bitte meine echten extrastarken
.. **Menstruationstropfen „Favorit“** ..
à Flasche 6 Mk., zur Erhöhung u. Beschleunigung der Wirksamkeit
sehr empfehlenswert „Frebar“-Tee à 1.25 Mk.
E. Homberg, Marktstrasse 27a.

Bürgerverein Wiefewarden und Umgegend.

Einladung zu dem am Sonntag den 3. Juli
stattfindenden

Sommer-Fest.

Nachdem großer Festball bei Herrn D. Ritter.
Um zahlreichen Besuch des Festes bittet
Das Komitee.

Trauerbriefe etc. fertigt an **Paul Hug & Co.**
Bant, Peterstraße 20/22.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
führen nur erstklassige
Schuhwaren
für deren Güte und Haltbarkeit
unbedingt garantiert wird.

Bezirke 24 u. 25.
Mittwoch den 20. Juni:
Bezirksversammlung bei Nummer.
— Vortrag. —

Wilhelmshav. Begräbniskasse
Sonntag den 3. Juli:
Hebung der Beiträge
von nachm. 2 bis 5 Uhr
in der „Burg Hohenzollern“.
Der Vorstand.



Verein für
Eiersch. u. Geflüg.
zucht zu Bant.
Mittwoch, 29. Juni
abends 8 Uhr
Versammlung
im Vereinslokal.
Der Vorstand.

Verband der Holzarbeiter.
Zahlstelle Delmenhorst.
Sonnabend den 2. Juli,
abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung
bei Wirt Veitmeier.

Ginswarden.
Sozialdem. Wahlverein
Mittwoch den 29. Juni,
abends 8 1/2 Uhr:

Mitglieder = Versammlung
im Lokale des
Gastwirts Joh. Roth, Ivoil.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Kreisconferenz
in Zwischenjahre und Wahl eines
Delegierten.
2. Stellungnahme z. Landesconferenz
in Oldenburg und Wahl eines
Delegierten.
3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert.
Um zahlreichen Besuch bittet
Der Vorstand.

Colosseum.
Heute Dienstag:
Großer Ball.

Banter Volksküche.
Wellenstraße.
Mittwoch: Reis mit Rindfleisch.

Verloren
am Sonntag den 19. ds. Mts. ein
goldenes Glieder-Armband. Gegen
Belohnung abzugeben im Freizeitsgeschäft
von **Witken, Wilhelmsh. Straße 33.**

Sauerfohl ff.
3 Pfund 20 Pf.
J. H. Cassens,
Schaar und Bant, Peterstr. 42.

Trost & Wehlau
Schuhmachermeister
haben eine große Werkstat im
Hause, wo jede Reparatur
sowie Anfertigung nach Maß,
speziell für Kranke und empfind-
liche Füße, in kürzester Zeit
ausgeführt wird.

Die Boykotts-Einkaufsklage der Brauerei Hoyer A.-G. Oldenburg vor dem Landgericht.

Oldenburg, 28. Juni.

Unter dem Vorsth des Landgerichtsdirektors Boedeker fand gestern die unleren Lesern bereits bekannte Klage der Brauerei Hoyer gegen die Boykottkommission und gegen die Gewerkschaftskommission in Oldenburg statt. Die Klägerin war durch Rechtsanwalt Dr. Meyer, die Beklagten durch Rechtsanwalt Wisser vertreten. Der Klageantrag lautete dahin: Verurteilung der Beklagten: 1. den Boykott über die Klägerin aufzuheben; 2. jede Art von Mitteilungen in Zeitungen und Flugblättern oder sonstigen öffentlichen Rundgedrungen zu unterlassen, die dahin gehen, daß die Klägerin boykottiert sei, daß die Arbeiter oder die Gewerkschaftsangehörigen oder das gesamte Publikum vom Biergebrauch aus der Klagernden Brauerei abgehalten werden, oder daß und welche Wirtschaften und Bierverleger hier aus der Klagernden Brauerei empfangen oder empfangen haben; 3. jede Verbreitung der folgenden unwahren Behauptungen zu unterlassen: a. die Klägerin habe jede weitere Verhandlung mit dem Brauereiarbeiterverband abgelehnt, b. die Klägerin unterbinde die Ausübung des Koalitionsrechts der Arbeiter, c. die Klägerin lehne eine den Verhältnissen entsprechende Lohnerhöhung und Arbeitszeiterhöhung ab; 4. als Gesamtschuldner an die Klägerin 6000 Mark nebst vier Prozent Zinsen seit Klagezustellung zu zahlen. Beklagte sind: als Mitglieder der Boykottkommission: Brauer Anton Kraft, Brauereiarbeiter Schwans, Alster Hattendorf; als Mitglieder der Gewerkschaftskommission: Schneidmüller Klein, Ribandt Heitmann, Giesinger Hul.

Rechtsanwalt Meyer ergänzte vorkommenden Klageantrag dahin, auch den Gesamtschuldner zur Kostentragung und eventuellen Sicherstellung zu verurteilen. Zur Begründung der Klage führte er aus: Alle Behauptungen in den kundgegebenen Boykottverordnungen über abgelehnte Verhandlungen, über verweigerte Lohnerhöhungen, über Unterbindung des Koalitionsrechts seien unwahr. Die betreffende Boykottanzeige vom 28. Mai mit dementsprechenden Inhalt enthalte sogar grobe Verleumdungen. Die Redewendungen in dem Inserat seien phrasenhafte, geben aber über den Tatbestand keine Aufklärung. Er wiederhole aus der schriftlichen Begründung, daß die Klägerin Mitglied der Norddeutschen Brauerei-Vereinigung in Bielefeld ist. Dieser sei sie gegenüber vertraglich verpflichtet, für sich allein Tarifverhandlungen mit Arbeiterverbänden nicht zu führen, sondern das geschehe durch die Vereinigung. Die für die bei Hoyer beschäftigten Arbeiter in Frage kommenden Organisationen, der Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaft und der Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter, haben Anträge auf Abänderung der bestehenden vertraglichen Abmachungen gestellt. Es fanden dann Verhandlungen statt, die letzte am 17. Mai in Oldenburg. Und zwar zwischen dem Rechtsanwalt Schmidt-Bielefeld für die Brauerei-Vereinigung und den Vertretern der beteiligten Organisationen. Der Direktor Hoyer war bei den Verhandlungen als Gast anwesend. Die Forderungen der Arbeiter, namentlich des Zentralverbandes, gingen dahin, daß eine Lohnerhöhung von zwei bis drei Mark pro Woche und eine Arbeitszeiterhöhung von 10 auf 9 bzw. 9 1/2 Stunden eintreten solle. Rechtsanwalt Schmidt soll eine Lohnerhöhung von 2 Mark, später weitere 50 Pfennig in Aussicht, dagegen eine Arbeitszeiterhöhung als völlig ausichtslos hingestellt haben.

Es sei demnach in den Hauptpunkten Verständigung erzielt worden, jedoch nur eine ganz unwesentliche Differenz übrig blieb. Die Boykottverurteilung sei daher ungerechtfertigt, entspreche nicht den Tatsachen und sei direkt sittenwidrig. Es handle sich um Arbeiter, die freiwillig aus der Arbeit ausgeschieden seien, weil ihnen die Verhältnisse bei der Firma Hoyer nicht paßten. Das sei zwar selbstredend das freie Recht des Arbeiters; dagegen sei es aber auch das freie Recht des Arbeitgebers, Arbeiter, die ausgeschieden, nicht wieder einzustellen. Hierzu komme, daß diese Arbeiter trotz Auforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, das abgelehnt haben, daß ferner schriftlich auch die Hirsch-Dunkerischen erklärt haben, sie seien mit den gezahlten Löhnen völlig zufrieden und verbatlen sich die durch die Boykott- und Gewerkschaftskommission betriebene Unterstufung durch das Mittel des Boykotts zwecks Erreichung höherer Löhne und kürzerer Arbeitszeit. Danach sei es ein unerwarteter Zweck, durch die Boykottverurteilung zu verlangen, die freiwillig ausgeschiedenen Mitglieder wieder einzustellen. Die Beklagten ständen in keinem Konnex mit den beteiligten Arbeitern, sie können keinerlei Interesse an der Besserstellung dieser freiwillig aus der Arbeit geschiedenen Arbeiter haben. Jene, welche dieses Streben nach besseren Lohn- und Arbeitsbedingungen liegt demnach nicht vor. Es sei deshalb kein anderer Zweck der Boykottverurteilung ersichtlich, als daß der ausgesprochene Boykott lediglich eine Machtprobe der Arbeiterkraft gegen eine Einzel-Firma sei, um das Solidaritätsgefühl der Arbeiter anzukuheln. Das an sich berechtigte Kampfmittel des Boykotts habe daher in diesem Falle kein berechtigtes Ziel, keinen erkennbaren Zweck.

R. A. Wisser wendet sich zunächst dagegen, daß die Klage auf Schwans und Hattendorf ausgedehnt worden ist, da diese nicht Mitglieder der Boykottkommission sind. Andererseits sei es ihm zweifelhaft, ob die Gewerkschaftskommission überhaupt als Beklagte in Frage kommen könne. Zur Sache selbst führte er aus: Der größte Teil der in Frage kommenden Brauereiarbeiter sei im Zentralverband. Dieser habe das Schreiben, mit allen Brauereien, also auch mit der Firma Hoyer, Tarifverträge eingegangen. Wenn

von der Klägerin verlangt worden ist, bei den darüber eingeleiteten Verhandlungen sei es zu einer Einigung in allen Hauptpunkten gekommen, so sei das zum mindesten objektiv ein Irrtum. Weder in Bielefeld, noch in Hannover, noch am 17. Mai in Oldenburg sei über die Hauptsache eine solche Einigung zustande gekommen. In welchem Verhältnis Direktor Hoyer zur Brauereiarbeitervereinigung stehe, mag zunächst ununtersucht bleiben, aber als Gast wird er bei den Verhandlungen zwischen den Verbänden nicht ohne Einfluß geblieben sein. Es muß als durchaus fernsächlich festgestellt werden, wenn von der Gegenseite behauptet werde, in der Verhandlung am 17. Mai sind schließlich nur noch kleine Differenzen übrig geblieben. Rein, das was übrig geblieben war, waren die Differenzen überhaupt. Die Kardinalfrage war die Verfürgung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne wie beantragt. Dieses und nichts anderes waren die eigentlichen Differenzen zwischen dem Zentralverband der Brauereiarbeiter und der Klagernden Firma. Heber diese Kardinalpunkte ist aber, vor allem über die Verfürgung der Arbeitszeit, eine Einigung nicht erzielt worden. Das Protokoll weist selbst aus, R. A. Schmidt als Vertreter der Brauerei-Vereinigung habe eine Verfürgung der Arbeitszeit von vornherein als ausichtslos erklärt. Es müsse und ist auch zugegeben worden von den Brauereien in öffentlichen Versammlungen, weil die Frau- und Biersteuer auf die Konsumtionen abgewälzt wird und weil weiter durch die Finanzreform die Lebenshaltung verteuert wurde, müssen auch die Löhne der Brauereiarbeiter besser gestellt werden. Das sind die Hauptfragen. Und wenn der Geschäftsführer der Brauerei-Vereinigung dann sagt, von Verfürgung der Arbeitszeit könne keine Rede sein, ob Lohnerhöhungen aber das festgelegte Maß bewilligt werden können, wolle er ermittelt, so seien das nur Nebenbedingungen. Gewiß. Eine Lohnerhöhung an und für sich sei zugelegt, ob sie aber dem Zentralverbande genüge, sei eine andere Frage. Zumal die Klosterbrauerei nach dem alten Tarif die Sätze bereits bezahle, die als Lohnerhöhung bei den Verhandlungen am 17. Mai R. A. Schmidt zugestehen wollte. Weil also in den Hauptfragen keine Einigung erzielt und auch die Hirsch-Dunkerischen zunächst dem Gebotenen nicht zustimmen, wurde am 18. Mai beschlossen, am 19. Mai die Arbeit niederzulegen. Die im Zentralverband organisierten Arbeiter sind also, trotzdem sie Entgegenkommen bewiesen, bei den Verhandlungen in den Kernfragen abgewiesen worden. Er wolle nicht darauf eingehen, ob Arbeiter, die nicht mehr in Arbeit stehen, kein Interesse mehr an einer Besserstellung haben. Tatsache sei, daß der Gauleiter Luz vom Zentralverbande sich sofort nach Niederlegen der Arbeit an Direktor Hoyer telephonisch mit den Worten gewandt habe: „Na, Herr Hoyer, jetzt ist eingetroffen, was ich Ihnen gesagt habe. Durch Ihre Nicht-entgegenkommen haben Sie die Leute zum Streik gezwungen.“

Wenn Direktor Hoyer behauptete, die Verhandlungen sind bis zum 23. Mai fortgesetzt worden, so beweise der mit dem Hirsch-Dunkerischen Gewerkschaftsbeschlusse Vertrag, daß zwar diese Leute sich mit weniger Lohn und feiner Arbeitszeiterhöhung begnügten, daß man aber dem Zentralverband dadurch den Stuhl vor die Türe setze, indem man erklärte, man verhandele solange nicht, ehe nicht die Arbeit aufgenommen sei. Demnach erst sei der Boykott beschlossen und proklamiert worden. Das Kampfmittel sei demnach auch im Sinne der Reichsgerichtsentscheidung als durchaus berechtigt angesehen worden. Es liegt gar keine Veranlassung vor, aus irgendwelchen untergeordneten Gründen zu sagen, der Boykott verstoße deshalb gegen die guten Sitten, weil die jetzt beschäftigten Arbeiter mit ihren Löhnen und der Arbeitszeit völlig zufrieden sind. Es handelt sich nicht um ein freiwilliges Ausscheiden aus der Arbeit. Es war ein richtiger Lohnkampf. Der hauptsächlich in Frage kommende Zentralverband sagte sich, wir wollen zum Wohle der gesamten Brauereiarbeiter-Schaft, auch der Hirsch-Dunkerischen, bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse schaffen. Das waren durchaus höhere Gesichtspunkte. Solche Momente, wie das Kläger beliebt, lassen sich stets zusammentragen, um das berechtigte Kampfmittel des Boykotts als Verstoß gegen die guten Sitten hinzustellen. Er beantrage deshalb Abweisung der Klage. Es entspinnt sich dann folgender interessanter Dialog, der einen Beweis liefert von der totalen Unkenntnis über die elementarsten Einrichtungen in der modernen Arbeiterbewegung in juristischen Kreisen. Der Vorsitzende fragte, was haben Heitmann und Klein mit der Sache zu tun.

R. A. Wisser: Das sind Mitglieder des Gewerkschafts-fartells. Dieses hat die Sache der Brauer zu der keinen gemacht. — Vorsitzender: Was hat das Kartell für einen Zweck? Die Antwort lautet: Das Kartell ist eine Vereinigung ähnlicher Gewerkschaften zur Wahrung der gegenseitigen und gemeinsamen Arbeiterinteressen.

R. A. Meyer stellt dann an R. A. Wisser resp. an die Beklagten die Frage: Was eigentlich mit dem Boykott bezweckt werden sollte? (Die Klage basiert nämlich in ihrem Kern darauf, als ob die Boykottverurteilung und die Offensivveröffentlichung der Hoyer-Bier führenden Wirtre unwahre nicht den Tatsachen entsprechende Behauptungen zum Zwecke hat und hält deshalb die Anwendung der für unlauter und un-berechtigt. Der Berichterstatter.) Er betont wieder, daß die Parteien in der Verhandlung am 17. Mai nicht mehr weit auseinander waren. R. A. Schmidt hatte sogar gesagt, er wolle wegen der Arbeitszeit nochmals bei der Tarifkommission anfragen. Daraus ergebe sich, daß die Verhandlungen nicht abgebrochen waren. Das an sich erlaubte Mittel des Streiks

habe hier zur definitiven Auslösung des Arbeitsverhältnisses, und zwar freiwillig, geführt. Da sollte der Boykott nur die Wiederanstellung der freiwillig ausgeschiedenen Arbeiter erzwingen, trotzdem eine ganze Reihe Arbeiter, darunter die Hirsch-Dunkerischen, erklärt hatten, sie seien zufrieden und verwahren sich gegen jede Unterstufung durch die Beklagten. Wenn also die Leute selbst ihre Zufriedenheit erklären, dann fällt der berechtigte Zweck des Boykotts. Die ausgeschiedenen Arbeiter wußten, da sie die ihnen angebotene Arbeit abgelehnt haben, offenbar also selbst nicht, was sie mit dem Boykott wollten. Dieser war nur eine Machtprobe. (Eine mehrwöchige Konstruktion und Bogel. Der Berichterstatter.)

R. A. Wisser erklärt, sich ziemlich deutlich über den Zweck des Boykotts ausgebracht zu haben. Die Erklärungsfähigkeit besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen für die gesamten Arbeiter sei subjektiv etwas durchaus erlaubtes; demzufolge auch der Boykott zur Erreichung dazu. — Vorsitzender: Es werden doch aber dabei Exzesse begangen, die der Wirtre und Händler, die nichts mit der Sache zu tun haben? — R. A. Wisser: Das ist eine naturgemäße Folge des Boykotts, was auch die Reichsgerichtsentscheidung besage. — R. A. Meyer kommt immer wieder darauf zurück, daß der Boykottzweck deshalb nicht ersichtlich ist, weil die Arbeiter sogar vertraglich, die Hirsch-Dunkerischen z. B. verpflichtet haben, sie seien mit den gezahlten Löhnen zufrieden. Etwas anderes wäre es, wenn die Arbeiter ausgespart worden wären.

Direktor Hoyer als Zeuge gibt auf Befragen die Zahl der bei ihm vor und nach dem Streik Beschäftigten an. — R. A. Wisser will dann die Entscheidung darüber, ob Wirtre, die von einer boykottierten Brauerei abhängig sind, gezwungen sind, während des Boykotts das Bier zu schenken, oder ob sie boykottfreies Bier schenken können.

Der Vorsitzende fragt den Zeugen Hoyer, ob Brauereien in Frage kämen, die solches Bier liefern. Der Zeuge verneint das. Sämtliche Brauereien gehörten dem Ringe, d. h. der Vereinigung an.

W. Heitmann: Es gibt doch solche Brauereien. — Dir. Hoyer: Wohl einige kleine. — Heitmann: Es komme nicht darauf an, ob es kleine oder große sind, sondern darauf, daß es überhaupt welche gibt. — Vorl.: Das ist wohl nicht richtig. Es komme doch darauf an, daß es Brauereien gibt, die solches Bier liefern können, wie die Firma Hoyer. — Heitmann: Sogar kleine Brauereien gibt es immer, die in der Bierlieferung mit der Brauerei Hoyer konkurrieren können. (Heiterkeit.) — Der Zeuge Hoyer wird dann noch befragt, ob die Verhandlungen am 17. Mai als abgebrochen gelten. Er habe nur als Gast teilgenommen und nur sachliche Aufklärungen gegeben. — W. Kraff, der bei der Verhandlung zugegen war, erklärte, diese wurde von ihnen als abgebrochen angesehen. Sein Kollege Gauleiter Luz habe sofort ungewiderrufen erklärt, wir müßten an der Arbeitszeiterhöhung unbedingt festhalten. Es wurde von R. A. Schmidt danach ausdrücklich erklärt, daß Verhandlungen nicht mehr stattfinden. Selbst Herr Hoyer sagte: Weiter gehen wir nicht. Bis 25. Mai sollten wir lediglich Nachricht über die bewilligte Lohnerhöhung haben. — Vorl.: Das beweist ja doch, daß kein Zeitpunkt zur weiteren Verhandlung festgesetzt war. — Kraft: Rein; nach unserer und der Auffassung des Betreters der Hirsch-Dunkerischen galten die Verhandlungen als abgebrochen, da die Hauptfrage der Arbeitszeiterhöhung abgelehnt war. — R. A. Meyer beantragte, die Erklärung festzustellen, worauf R. A. Wisser erklärte, es müsse als wahr unterstellt werden, daß eine Einigung ausichtslos gewesen sei, weil der Vertreter der Brauerei, R. A. Schmidt, eine Verfürgung der Arbeitszeit abgelehnt habe. — Der Vorl. muß lehreres an der Hand des Protokolls feststellen.

Das Gericht zieht sich, nachdem R. A. Wisser nochmals festgestellt, daß nicht etwa nur über Nebenpunkte Differenzen waren, sondern über die eigentlichen Hauptfragen, Lohn- und Arbeitszeit betr., zur Beratung zurück. Es entscheidet schließlich über die weitere Verhandlung und eventuelle Urteilsfällung wird bis zum 5. Juli vertagt. Die Annahme der beiden Parteien haben die martialischen Punkte der Beweisführung, darunter die Frage, ob von boykottierten Brauereien abhängigen Wirtre während des Boykotts boykottfreies Bier führen dürfen, schriftlich zu unterbreiten. — Der Spruch in dieser für die Arbeiterbewegung so überaus hoch-wichtigen Angelegenheit wird jedenfalls allenthalben mit größter Spannung erwartet werden.

Parteinachrichten.

Ein neues Kampforgan. Die Parteigenossen im Kreise Landeberg-Soldin haben ein neues Blatt gegründet, daß als Neues Märkisches Volksblatt in Landeberg a. M. erscheint. Das neue Organ ist ein Rosspfad der Märkischen Volksstimme in Rathen; Redakteur ist der Genosse W. Kunde in Landeberg a. M. Die erste Nummer gelangte in einer Auflage von mehr als 30000 Exemplaren zur Verbreitung.

Der Parteitag für den Wahlkreis Rassel-Neßungen beschloß die Errichtung eines Parteisekretariats.

Vorsitzender. Genosse Kraßer als verantwortlicher Redakteur des Märkischen Volksblatt in Landeberg wurde wegen vorzeitiger Veröffentlichung eines staatsanwaltlichen Schriftstückes auf Grund des § 17 des Strafgesetzbuches zu 15 M. Geldstrafe bezw. 2 Tagen Haft verurteilt.

Das Schöffengericht in Elmshorn verurteilte den Genossen S. Baccour von der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung zu 150 M. Geldstrafe evtl. 30 Tagen Gefängnis wegen Beleidigung des freilichigen Reichstagsabgeordneten

Castens-Elmsborn. Die Volkszeitung hatte einen Artikel veröffentlicht, in dem die Zustände in der Porzellanfabrik...

Vom täglichen Kleinkauf. Gegen Genossen Marwald ist ein Verfahren wegen Beleidigung der Prinzen des Hauses Hohenzollern eingeleitet worden.

Die Polizei soll auch Genoss Albert vom Breslauert Parteiblatt beleidigt haben, weil ausgeführt worden war, daß sich die Polizei bei der Streikendemonstration eine Mißbilligung geholt habe.

Gewaltige Anstrengungen macht auch die königliche Polizei in Gießen, um einen Massenprozeß wegen der letzten Wahlrechtsdemonstration vom 10. April zustande zu bringen.

Mit einem derartigen Vorgehen wird das Gegenteil von dem erreicht, was die Polizei erreichen will.

Genossenschaftliches.

Die Generalversammlung der Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine, die im Anschluß an den Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine in München tagte, beschloß sich zur nächsten Jahresversammlung nach Gießen zu verschieben.

Soziales.

Kerzestift in Halle. In Halle ländigten sämtliche Kassendirektoren alle Acountenfallen die Beiträge. Einen Grund gaben sie zunächst nicht an.

Aus dem Lande.

Barel, 28. Juni. Die allgem. Ortskrankenkasse für die Stadtgemeinde Barel hält ihre Generalversammlung am Freitag abend 8 1/2 Uhr im Schützenhof...

Einen Kulturkampf möchten gar zu gerne einige Fanatiker entfachen und dazu ist ihnen jedes Mittel recht. Vor Jahren entstand in Stadt und Amt Barel ein aus Herren und Damen bestehender Verein, der die Mittel aufbrachte...

die Gründungsverfassungen brachte und die unwiderrufen geblieben sind. Das zusammengebrachte Kapital wird auf 60 000 M. angegeben, dazu kommt der von der Stadt verwaltete Erwartungs-Fonds in Höhe von 20 000 M. so daß im Ganzen 80 000 M. zu diesem Zweck zur Verfügung stehen.

Oldenburg, 28. Juni.

Die Errichtung des Arbeitsnachweises der Arbeitgeber des Baugewerbes wird selbst von einschichtigen Arbeitgebern des Arbeitgeberbundes als eine illoyale Handlung anerkannt, nachdem durch den Schiedsgerichtspräsidenten bestimmt war, daß Arbeitsnachweise der Unternehmer dort, wo sie bisher nicht bestanden, auch nicht eingerichtet werden dürfen.

Westerfeld, 28. Juni.

Der Verbandstag von Ortskrankenkassen des Herzogtums hielt hier seinen Verbandstag ab, um Stellung zur Kreisversicherungsordnung zu nehmen. Der ergangene Einladungs war der Amtshauptmann Münzberg, sowie Gemeindevorsteher Umling gefolgt...

Delmenhorst, 28. Juni.

Wacht, Holzarbeiter. Die nächste Versammlung des Holzarbeiter-Verbandes findet am Sonnabend dem 2. Juli, abends 8 1/2 Uhr bei Wehmer statt.

Das diesjährige Gewerkschaftsfest ist in allen Teilen unter außerordentlicher Beteiligung der Delmenhorster Arbeiterschaft auf das Beste verlaufen. Am ersten Tage des Festes, am Sonntag dem 26. Juni, nachmittags 2 Uhr, sammelten sich die organisierten Arbeiter auf dem Marktplatz...

Gemeinnütziges.

Ueber das Einmachen von Erdbeeren schreibt eine Hausfrau im „Praktischen Ratgeber im Obst- und Gartenbau in Frankfurt a. O.“: In „Deutscher Ebern“ und „Sieger“ haben wir zwei Erdbeersorten zum Einmachen, wie man sie sich besser nicht wünschen kann...

entstielten, gewaschenen Beeren werden mit dem dafür bestimmten feinen Zucker — wir rechnen 150 bis 200 Gramm auf ein Pfund — losgewaschen durchgeseiht in eine Kasserolle geschüttet. So bleiben sie bis zum dritten Tage liegen...

Aus aller Welt.

Berthung und Geständnis eines Mörders. In einem Koffer wurde vor einiger Zeit die Leiche der amerikanischen Schauspielerin Mary Cassie Charlton im Comode aufgefunden. Als mutmaßlicher Mörder wurde der Russe Zapolotow gefänglich eingezogen, aber bald wieder entlassen, da sich seine Unschuld herausstellte.

Das Bombentatent in Friedberg. Der erschoffene Bankräuber ist von der Kriminalpolizei als der 1889 in Leipzig geborene Kommis Otto Winges erkannt. Die bei ihm vorgefundenen Papiere waren gestohlen. Die beiden Bomben, die die Attentäter zurückgelassen hatten, wurden in Frankfurt a. M. chemisch untersucht.

Der zweite Attentäter ist in der Person des Dachdeckers Karl Werner aus Kallertshausen verhaftet. Werner, ein eifriger Leser der Schundromane, ist 1890 geboren und hat wegen mehrerer Diebstähle und Schwindereien bereits eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr 2 Monaten verbüßt.

Neue Goldmünzen. Dem Londoner Times wird aus Toronto gemeldet, daß in der Nähe von Stewart in Britisch-Columbia goldhaltige Quarzgrube von ungeheurer Ausdehnung entdeckt worden seien. Die Risse sollen eine Tiefe von 30 bis 1000 Fuß haben und sehr reichhaltig sein.

Die millionste Nähmaschine ist vor kurzem in der weltbekannten Nähmaschinenfabrik G. W. Pfaff-Kaiserlautern hergestellt worden. Das ein solches Ereignis zugleich einen glänzenden Sieg nicht nur für die Leistungsfähigkeit der genannten Fabrik bedeutet, sondern auch ein weit hin leuchtendes Zeugnis ablegt für das einträchtige Emporblühen des gewaltigen Industrie-Stafflements...

Veranstaltungs-Kalender.

Mittwoch den 29. Juni. Kätzingen-Wildwieshausen. J.-R. Guittemper-Lage Nordstrand. Abends 8 1/2 Uhr bei Moulin. Gabelsch. Senogr.-Berein Bant. Abends 8 1/2 Uhr bei Pionozaf.

Schiffahrts-Nachrichten.

Telegramme des Norddeutschen Lloyd. Postd. Bremen, von Bremerport, heute auf der Weiser angekommen. Postd. Berlin, von Kiel, heute in Hamburg angekommen. Postd. Frankfurt, von Australien, heute Lueslant poliert.

Aus dem Parteisekretariat.

Die Ortsvorsitzenden werden ersucht, im Interesse einer rechtzeitigen Fertigstellung des Jahresberichts die Berichte sofort nach dem 1. Juli einzulenden. Die Ortsleiter des 2. Oldenburgischen und 2. Hannoverischen Wahlkreises werden ersucht, wegen der Jahresabrechnung die Abrechnungen bis spätestens 5. Juli an Genossen Andreas einzulenden.

Gewasser.

Mittwoch, 29. Juni: vormittags 5.28, nachmittags 5.37. Die Zentralbibliothek Bant, Beerstraße 20, ist geöffnet Mittwochs und Freitags abends von 7 1/2 bis 9 Uhr und Sonntags vormittags von 10 bis 12 Uhr.

Unentgeltlich Rat und Auskunft in gewerblichen Streitigkeiten, sowie in Fällen der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invalidenversicherung erteilt August Jordan Delmenhorst, Steindingerstraße 18.

An die Gewerbetreibenden u. Geschäftsleute im Verbreitungsgebiet unseres Blattes!

Demnächst wird in unserm Blatte wöchentlich mehrmals ein

Bezugsquellen-Verzeichnis

erscheinen. Wir empfehlen die Benutzung dieser neuen Einrichtung allen Geschäftsleuten, die Arbeiterkundschaft haben, besonders den Inserenten im Verbreitungsgebiet des Norddeutschen Volksblattes. Zu diesem Zwecke werden sie von einem Vertreter des Unternehmens auszusuchen, der Aufträge entgegennimmt. Wir ersuchen, solche demselben zu reservieren. Hochachtungsvoll

Der Verlag des Nordd. Volksblattes.

Bekanntmachung.

Das bisher von der Kontinentalen Wasserwerks-Gesellschaft betriebene Wasserwerk für die Gemeinden Bant, Heppens und Neuende geht mit dem 1. Juli d. J. in die Verwaltung des Amtsvorstandes über. Die Geschäftsräume befinden sich nach wie vor im Hause Mitterhölststr. 32.

Bant, den 24. Juni 1910.
Der Amtsvorstand des Amtsvorstandes Bant.
Dr. Willers.

Bekanntmachung.

Gesucht wird auf sofort für das hiesige Gemeindebauamt ein gewandter Hochbautechniker auf vierwöchentliche Kündigung. Meldungen mit Lebenslauf, Zeugnisabschriften und Entschuldigungsansprüchen sind bis zum 5. Juli d. J. hier einzureichen.

Neuende, den 24. Juni 1910.
Der Gemeindevorstand.
S. Janßen.

Bekanntmachung.

Die für die Unterhaltung der hiesigen Schulen notwendigen Malerarbeiten sollen vergeben werden. Angebotsformulare können vom Rathaus, Zimmer Nr. 3, bezogen werden.

Die Angebote sind verschlossen und mit Aufschrift versehen bis zum 2. Juli, abends 5 Uhr, an den Stadtmagistrat einzureichen.
Heppens, den 27. Juni 1910.
Der Stadtmagistrat.
Dr. Lucien.

Verkauf.

Der Händler G. Janßen zu Bant läßt am

Donnerstag den 30. d. Mts. nachmittags 2 Uhr anfangend in und bei Joh. Pöppers Gastwirtschaft zu Neuende:



40 bis 50 Stück
große und kleine

Schweine

mit Zahlungsfrist öffentlich meistbietend verkaufen.

Neuende, den 23. Juni 1910.

G. Gerdes,
Auktionator.

Billetblocks bei Paul Hng & Co.

Verkauf einer Tischlerei!

Nordenham. Wir haben Auftrag, eine in einem größeren lebhaften Orte belegene

Immobil-Besitzung

bestehend aus Wohnhaus, großer Werkstätte u. Gartengründen

mit beliebigem Eintritt zu verkaufen. Auf dem Grundstück ist schon seit vielen Jahren eine

Tischlerei

mit sehr gutem Erfolge und in dem vorhandenen

Laden

ein flottgehendes Möbelgeschäft betrieben worden.

Ein in der Werkstatt aufzustellender Motor könnte auf bequemste Weise Kraft von dem vorhandenen Elektrizitätswerk erhalten.

Einem jungen tüchtigen Mann, der über etwas Kapital verfügt, bietet sich eine besonders günstige Gelegenheit, sich eine gute Brotstelle zu gründen.

Kaufstübhaber wollen sich recht bald mit uns in Verbindung setzen.
Brörken & Peters.

Zu vermieten

auf sofort eine große freundl. dreizimmerige Wohnung an ruhige Mieter.
Johs. Arndt, Bant.

Zu vermieten

Ulmenstraße 34 vierzimmerige Wohnungen. Wallstraße 15, 1 Tr.

Einwarder Baugesellschaft

m. d. S. Wir haben in unserer Kolonie in Wexerlande noch mehrere

Wohnungen

mit Gartenland mit beliebigem Eintritt zu vermieten. Preis 240 bezw. 300 Mark.

Viehhaber wollen sich an den Geschäftsführer, Rcht. A. Burrelmann, Einswarden, wenden.

Zimmer zu vermieten

an eine ältere Dame oder Herrn. Bant, Hofenstraße 2 I.

Bierräum. Part.-Wohnung

zum 1. Juli in meinem Hause Augustenstraße 2 mietfrei.
E. J. Arnoldt.

Nur noch 3 Tage
dauert der
gänzliche Ausverkauf
:: im Fußgeschäft ::
von
Frau Johanne Lübben
Bant :: Peterstraße 1.

Wilhelm Harms :: Nordenham
• • Hansingstrasse 10. • •
Buchhandlung, Zigarren, Zigaretten u. Tabak
Filial-Expedition des Nordd. Volksblattes.
Annahme von Drucksachen aller Art für Handel u. Privat unter Zusicherung prompter und sauberer Ausführung.

Ga. 20 Maurer
werden eingestellt beim
Neubau Kasernement Heppens.
Gesucht tüchtige Maurer für Kanal-Ausbesserungsarbeiten bei hohem Lohn.
J. Ferdinands, Baugeschäft.

Berlässlicher Mann gleich welchen Beruf, ob in Stadt od. Dorf, als Alleinverwalter unserer über- all verlangten Artikel für den dortigen Bezirk gesucht. Nur ehrliche, wenn auch einfache Leute werden berück- sichtigt. Viel Geldbezug, dauernd lohnende Tätigkeit.
Angebote an Annoncen-Expedition **Victor Helzls, Angen i. W.**

Gesucht zum 1. Juli mehrere Lehrmädchen für meine Wäsche-Anfertigung gegen Vergütung.
F. D. Meyer, Wilhelmshaven, Noontstraße 76a.

Gesucht auf sofort ein Mädchen für den ganzen Tag.
Frau Hoffmeister, Wehrstr. 17.

Agenten und Reisende für Holzrouleaux, Jalousien u. Papier-Zigarrenspitzen und Waschtischbänke bei höchster Provision überall gesucht. Nil Kataloge und Muster gratis.
A. H. Schiffner sel. Wwe. Großbrentenbad i. Thür. — Bestehe Fabrik der Brande. —
Lehrmädchen gesucht pro Monat 5 M. Jede Lernende schneidet vom ersten Tage an selbst- ständig zu und garniert nach Vorlage. Für Frauen besonderer Lehrplan. Keine lernen umsonst. Solche, die anderwärts nicht gut gelernt haben, können sich 6 Wochen unentgeltlich ausbilden, worauf Anstellung erfolgt.
Anna Klein, Damenschneiderin, Wilhelmsh., Mühlentstraße 6.
Wir suchen für unser Torfwerk kräftige Arbeiter zum Torffahren. Man wende sich an **Inspektor Schenke** zu Neuenwege bei Varel.
Friedr. Carlö & Co., Varel.

HANSA
Puddingpulver
ist das Beste!
Nährmittel-Fabrik „Hansa“
Hamburg.
Für 50 „Hansa“-Dosen erhalten Sie eine Dose H. Kakao gratis.

Maschinenöl
für Fahrräder u. Nähmaschinen.
Feinste Qualität
1 Pfund . . 60 Pf.
Ölser zu 25, 35, 55 Pf.
J. H. Cassens
Schaar und Bant, Peterstr. 42.

Der Fischverkauf
im Kühlwagen am Meyer Weg dauert bis **Witwoch mittag**. Es sind noch alle Sorten See- und Süßwasserfische da. Verkauf zu ganz billigen Preisen.

+ Hilfe +
gegen Periodenstörungen, erfolgreich. Frauen wenden sich vertrauensvoll an **Arth. Hohenstein, Berlin-Hallensoo 6.** Rückporto erbeten.

Die Damenwelt
liebt ein raffines, jugendfrisches Antlitz und einen reinen, zarten, schönen Teint. Alles dies erzeugt!
Zeckenpferd-Milchmilch-Seife Preis à Stück 50 Pf., ferner ist der **Milchmilch-Crem Tada** ein gutes vorzüglich wirkendes Mittel geg. **Zommerprossen, Tubo 50 Pf.** bei: **Neuender Apotheke, Otto o. Gersdorff, Ad. Wiltens, H. Aemel.**

Monatlich
200 bis 300 Mark
und mehr verdienen Personen jeden Standes bei geringer eistlicher Arbeit durch Uebernahme ersichtlicher Ber- tretung. (Keine Zigarren, Weine, Lebensversicherung u.) Offerten an **August Rettig, Hamburg 21.**

Dr. Ad. Meyers Sanatorium
Bremen, Rotenburger Str. 1.
Spezial-Behandl. v. Hautkrankheiten

Lupus aus. Krebs
Fressflechten, Hauttuberkulose, Fistel, Hautgeschwülste ohne Operation nach eigener langjähriger erprobter Methode. Keine Betäubung. Wesentl. kurz. Nur. Prospekte und ausführliche Broschüre frei.